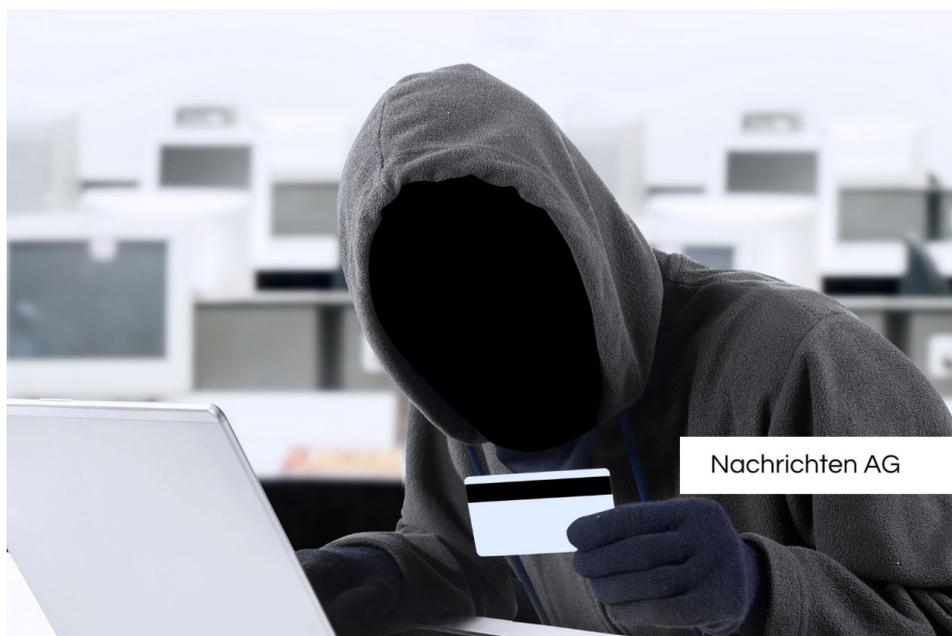


Klage-Schock für Ex-Manager der Greensill-Bank: Betrugsvorwürfe entblößt!

Insolvenzverwalter Michael Frege klagt gegen Ex-Manager der insolventen Greensill-Bank wegen Betrugs und Bilanzfälschung.



Bremen, Deutschland - In einem bedeutenden Schritt innerhalb des Insolvenzprozesses der Greensill-Bank hat der Insolvenzverwalter Michael Frege Klage gegen vier ehemalige Vorstände und frühere Aufsichtsräte der Bank eingereicht. Die Klage, die beim Landgericht Bremen eingereicht wurde, betrifft einen beachtlichen Betrag von mehr als 92 Millionen Euro. Aktuell befindet sich das Verfahren in der schriftlichen Phase, in der die betroffenen Parteien ihre Argumente vortragen können. Dies ist ein zentraler Bestandteil des Insolvenzverfahrens, das der gleichmäßigen Verteilung der Vermögenswerte der insolventen Institution an deren Gläubiger dient, wie auf [bmj.de](https://www.bmj.de)

erläutert wird.

Die Vorwürfe gegen die ehemaligen Manager sind schwerwiegend und umfassen Bankrott, Bilanzfälschung sowie Betrug. Ermittler haben herausgefunden, dass die Greensill-Bank milliardenschwere Forderungen bilanzierte, die zum Teil schlichtweg nicht existierten. Diese Ergebnisse werfen ein trübes Licht auf die Management-Praktiken der betroffenen Führungskräfte. Dennoch haben sich bisher keine der 13 beschuldigten Personen zu den Vorwürfen geäußert. Ob es zu einer Anklage kommen wird, bleibt somit ungewiss, was die Situation weiter kompliziert.

Hintergrund zur Greensill-Bank

Die Greensill-Bank war bekannt für die Gewährung hoher Sparzinsen auf Tages- und Festgeldanlagen. Im März 2021 meldete die Bank jedoch Insolvenz an, was zu einem weitreichenden finanziellen Chaos führte. Während private Sparer entschädigt wurden, leiden zahlreiche Kommunen unter den finanziellen Verlusten in Millionenhöhe. Die Insolvenzverwaltung ist darauf ausgelegt sicherzustellen, dass das Vermögen der Bank gerecht verteilt wird und keine Gläubiger bevorzugt werden, wie es die aktuellen rechtlichen Rahmenbedingungen vorsehen.

Insolvenzverfahren zielen darauf ab, die Interessen aller Gläubiger zu wahren. Das Gericht bestellt in der Regel einen Insolvenzverwalter, der dafür verantwortlich ist, die Insolvenzmasse, die das gesamte Vermögen des Schuldners umfasst, zu verwalten und zu verwerten. Die Gläubiger können über Beschlüsse Einfluss auf die Verwertung des Vermögens nehmen, was zu grundlegenden Veränderungen in der Unternehmensführung und -struktur führen kann.

Rechtsrahmen und Reformen

Der rechtliche Rahmen für Insolvenzen hat in den letzten Jahren

einige Reformen durchlaufen, um Unternehmenssanierungen zu erleichtern. Ein zentrales Element dieser Reformen ist das Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetz (StaRUG), das 2020 in Kraft trat. Es ermöglicht eine planbasierte Sanierung in frühen Krisenstadien, ohne dass sofort ein Insolvenzverfahren eröffnet werden muss. Unternehmen, die nicht zahlungsunfähig oder überschuldet sind, können von diesen Regelungen profitieren. Dies zielt darauf ab, die wirtschaftliche Stabilität der betroffenen Unternehmen möglichst frühzeitig zu sichern und eine vollständige Pleite zu verhindern.

Der Fall der Greensill-Bank ist ein markantes Beispiel für die Komplexität von Insolvenzverfahren und deren weitreichende Auswirkungen auf die betroffenen Gläubiger. Das weitere Vorgehen bleibt abzuwarten, insbesondere da die Bremer Staatsanwaltschaft plant, ihre Ermittlungen noch in diesem Jahr abzuschließen. Die Entwicklungen in diesem Fall könnten entscheidenden Einfluss auf die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen im Insolvenzrecht haben.

Details	
Vorfall	Insolvenz
Ursache	Bankrott, Bilanzfälschung, Betrug
Ort	Bremen, Deutschland
Schaden in €	92000000
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.merkur.de• www.bmj.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de